

DIE LINKE

Datum: 2009-06-26

Antrag
zur Beschlussvorlage B-5078/2009

Drucksachen-Nr.
A-5012/2009

Beratungsfolge	Sitzungstermin
Stadtverordnetenversammlung	30.06.2009
Hauptausschuss	16.06.2009

Titel:**Einmalige Beihilfen Einschulung****Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die mit der Beschlussvorlage B-5078/2009 vorgesehene Streichung der Einschulungsbeihilfen (§ 4 Nr. 5) wird nicht vorgenommen.

Ergänzung während der Stadtverordnetenversammlung:

2. Die Bürgermeisterin wird beauftragt, einen Verfahrensvorschlag zur nächsten Hauptausschusssitzung zu machen, wie die konkrete Inanspruchnahme der städtischen Einschulungshilfe für die betroffenen Familienhaushalte zur Anwendung kommen soll.
-

Erläuterung/Begründung:

Mit der Einführung des SGB II und des SGB XII wurden die früheren einmaligen Leistungen des Sozialhilferechts abgeschafft und in die Regelleistung zur Sicherung des Lebensunterhalts eingerechnet. Das betrifft unter anderem die Beschaffung von langlebigen Gebrauchsgütern, Bekleidung, Schuhen, Brennstoffen, besonderen Lernmitteln und Aufwendungen für die Einschulung. Für größere Bedarfe können aber nicht im erforderlichen Umfang Rücklagen aus dem Regelsatz gebildet werden. Deshalb fordert der Paritätische Wohlfahrtsverband in einer aktuellen Pressemitteilung vom 22.06.2009, eine Anhebung der Hartz – IV – Regelsätze für Kinder- und Jugendliche je nach Altersstufe um bis zu 36 Prozent. „Es kann nicht sein, dass die Bundesregierung zwei Millionen Kinder und ihre Familien in ihrer Armut im Stich lässt und bis 2011 vertröstet“, kritisiert Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen und weiter, „Es sei Ausdruck von Gleichgültigkeit, wenn mit der Neubemessung der Kinderregelsätze bis zum Vorliegen der Auswertungsergebnisse der aktuellen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe in zwei Jahren gewartet wird. Die zum 1. Juli in Kraft tretende Anhebung des Regelsatzes für Schulkinder zwischen sechs und 14 Jahren um 40 Euro sei ein richtiger aber nur unzureichender Schritt. Auch das Schulstarterpaket kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die geltenden Regelsätze absolut nicht bedarfsgerecht sind und ihre Herleitung verfassungswidrig ist.“ Nach den Berechnungen des Paritätischen müssten die ab 1. Juli geltenden Regelsätze je nach Altersgruppe um bis zu 36 Prozent angehoben werden. Insbesondere der Regelsatz für die Altersgruppe der 6 bis unter 14-Jährigen sei viel zu niedrig und liege um 89 Euro pro Monat unter dem tatsächlichen Bedarf.“

Der Kreistag Teltow-Fläming hatte 2007 auf unseren Antrag hin beschlossen, dass bis zu einer gesetzlichen Änderung der Sozialgesetzbücher II und XII durch den Bundestag und eines auskömmlichen Regelsatzes im kreislichen Haushalt eine Haushaltsstelle „Einschulungsbeihilfe“ eingerichtet wird. Durch die Mitwirkung der Gemeinden und Städte erfolgte eine hälftige bzw. bis zu 60 prozentige Bezuschussung der insgesamt eingesetzten Mittel durch den Kreis. In der Kreistagssitzung am 22.06.2009 informierte der Landrat, dass er nur dem Wunsch der Bürgermeister nachkommt und deshalb die Streichung der Einschulungsbeihilfe vorschlägt. Das fand eine Mehrheit. Mittlerweile liegt der Bericht über die soziale Lage der Kinder und Jugendlichen im Kreis vor. An verschiedenen Stellen wird auf besondere Problemlagen in der Stadt Luckenwalde verwiesen. Es gibt allen Grund an der Gewährung der mindestens hälftigen Einschulungsbeihilfe für Luckenwalde festzuhalten.

Vorbehaltlich der Ablehnung unseres Antrages stellen wir den

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die städtischen Mittel, die für die Finanzierung der Einschulungsbeihilfen aus der Haushaltsstelle 20000.71800 vorgesehen waren, werden der Haushaltsstelle 40000.71801 (Sozialpass) zugeordnet.

Begründung

Jahr für Jahr beschließt die Stadtverordnetenversammlung überplanmäßige Ausgaben zur Absicherung des Sozialpasses. In Auswertung der Informationsvorlagen der Stadtverwaltung, ist festzustellen, dass die Zahl der Passinhaber steigt. Wir verweisen in dem Zusammenhang auf den aktuellen Bericht zur sozialen Lage der Kinder und Jugendlichen im Kreis.

Erik Scheidler
Vorsitzender